

Zum Wohle unserer Stadt!

Bernhard Most, Albert Kahle, Siegfried Pöschl, Dr. Jörg Mosolf



Fraktion im Gemeinderat
der Stadt Kirchheim unter Teck
www.fdp-kirchheim-teck.de

Bernhard Most Fraktionsvorsitzender
Kelterstraße 97
73265 Dettingen Teck
Tel. 07021 / 987 122
Fax 07021 / 987 222
b.most@mostbau.de

Haushaltsrede zur Generaldebatte des Haushaltsplan 2010

am 11.11.2009

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Matt-Heidecker,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Riemer,
sehr geehrter Herr Sedlaczek- Kohl
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

Ein altes Sprichwort sagt:

„Wer mit der Hoffnung fährt, hat die Armut zum Kutscher“

Wenn wir uns aber trotzdem am „Prinzip Hoffnung“ festhalten, dann geschieht das in dem Wissen, dass die Hoffnung immer zuletzt stirbt. Diese Hoffnung, die uns schon Frau OBin Matt-Heidecker in Ihrer Haushaltsrede mit auf den Weg gegeben hat, schöpfen wir alle aus unserer Schaffenskraft, mit dem Ziel unseren Standart mindestens dort zu erhalten, wo immer dies auch möglich ist.

Wir alle hatten in den vergangenen Jahren aus dem Gefühl heraus ein Ende des Booms vorausgesehen.

Unser Stadtkämmerer sprach von *„nicht genügender Vorsorge“*.

Der Präsident des Städtetages Baden-Württemberg und Ulms Oberbürgermeister Ivo Gönner prognostizierte, *„einen 15 prozentigen Einnahmerückgang, hielt sogar ein Weniger von einem Drittel für möglich.“*

Die Wirtschaftswesen hatten ihre Vorhersagen bereits für 2008 wohl in *„Weiser Voraussicht“* damals nach unten korrigiert.

Im Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) wurde bereits im Dezember 2007 über zunehmende Konjunktursorgen in Deutschland geunkt. Das Stimmungsbarometer sackte auf 37,2 Punkte.

Heimische und weltwirtschaftliche Unwägbarkeiten bremsten die Konjunkturdynamik ab. Die Verwässerung einiger Reformen und die Unsicherheit auf den Finanz-, Devisen- und Rohstoffmärkten hinterließen ihre Bremsspuren.

Allen Vorhersagen nach hat uns die Wirtschaftskrise schneller überrollt und viel stärker getroffen, als wir zu hoffen wagten. Wir mussten bitter erfahren, dass die Profitgier einzelner Menschen und Institutionen weltweit viele Unternehmen und Privatpersonen in den Ruin getrieben hat, und viele Arbeitnehmer ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden.

Dazu passend scheint mir ein Spruch aus den Gedichten von Karl Förster der da sagt:

„Hast Du im Tal ein sichres Haus, dann wolle nie zu hoch hinaus.“

Wenn wir vor einem Jahr noch hoffnungsvoll feststellten, dass die Finanzkrise zwischenzeitlich allgegenwärtig ist, diese sich aber offensichtlich noch nicht aktuell im Haushaltsplan für 2009 auswirkt, mussten wir uns auch hierin eines Besseren belehren lassen.

Nicht unser, sondern das Verschulden Anderer zwingt uns jetzt dazu, dass wir einen rigorosen Sparkurs fahren müssen, wollen wir die Pflichtaufgaben für die Zukunft unserer Stadt und Ihrer Bürger nachhaltig sichern.

In Krisen, mit Massenkurzarbeit und zunehmender Arbeitslosigkeit nur zu Sparen, ist für uns, und so verstehen wir unsere politische Verantwortung, der falsche Weg. Jetzt wäre es unsere Aufgabe antizyklisch zu agieren, also Geld auszugeben, Aufträge zu erteilen um Arbeitsplätze und Firmenexistenzen zu sichern.

Dennoch, da es auch eine politische Verantwortung für unser Kinder und deren Kinder gibt, welche wir sehr ernst nehmen, wollen wir auch sparen. Wir können es mit unserem Gewissen nicht verantworten für unsere Kinder und Kindeskinde einen Schuldenberg anzuhäufen, den diese noch viel weniger abbauen können, als wir den jetzigen.

**Wo aber wollen wir sparen?
Wo aber können wir sparen?
Wo aber müssen wir sparen?**

Egal welche Antwort wir darauf finden und an welcher Stelle wir sparen, es wird allen Betroffenen wehtun und das ist gut so, denn die damit verbundenen Entbehrungen machen die Bürgerinnen und Bürger und hoffentlich auch uns wieder sensibel für die wirklich wichtigen und zwingend notwendigen Aufgaben einer Stadt.

Durch diese Weh tun rückt vielleicht auch wieder die Frage in den Vordergrund: *Wo kommt denn alles her?*

Vielleicht bekommt die Mitnahmementalität und der ständige Ruf nach dem Staat oder der Kommune, nach Zuschuss hier oder Zuschuss da, endlich einmal einen Dämpfer und regt zu Nachdenken an.

Alle Zuschüsse, alle Forderungen nach Unterstützung, alle neuen Einrichtungen, welche immer auf die offene Hand aus der Staatskasse oder dem kommunalen Klingelbeutel hoffen, werden durch Steuern bezahlt - Steuern, die jeder von uns in die Gemeinschaftskasse abführen muss, um diese Wünsche alle erfüllen zu können.

**Wehe aber, die Steuern werden erhöht, die Gebühren steigen, das Wasser wird teurer, dann ist das Geschrei groß.
Dabei vergessen die meisten, dass diese Erhöhungen eben notwendig sind, um neben den kommunalen Pflichtleistungen auch diese besonderen Wünsche zu finanzieren.**

Wehe aber wir streichen Leistungen, weil wir Vieles nicht mehr finanzieren können, weil die Steuern weg brechen, weil Firmen Pleite gehen, weil die Arbeitslosigkeit zunimmt, dann ist das Geschrei noch größer.

Genau an solch einem Punkt sind wir angekommen. Uns bleibt nur die Bitte um Verständnis und Einsicht darüber, dass jetzt jeder von uns etwas zurückstecken muss.

Die Entscheidung wo wir sparen und kürzen ist sehr schwer und undankbar zugleich.

Egal in welchem Ressort oder bei welcher Einrichtung – es wir immer die Frage gestellt:

„Warum bei mir und nicht bei den Anderen?“

Aus diesem Grund sehen wir nur einen Weg, nämlich jeden gleich zu behandeln und die freiwilligen Leistungen in gleicher Höhe zu kürzen. Wir müssen jetzt, ob wir wollen oder nicht, Einschränkungen vornehmen, da im laufenden Jahr die angestrebte schwarze Null nicht erreicht werden konnte.

Der wohl schmerzlichste Einschnitt ist die vom Haushaltsstrukturausschuss bereits im September angeregte 10 prozentige Kürzung der Zuschüsse an Vereine und Verbände.

Dabei müssen wir uns aber auch überlegen, ob Zuschüsse von 22,--, 25,-- oder 130,- Euro nicht zu mehr Verwaltungsaufwand führen als der Förderwert selbst darstellt und ob diese überhaupt tragbar sind. Jetzt um 10 Prozent gekürzt steht der Verwaltungsaufwand in einem noch krasserem Missverhältnis.

Damit gehen wir unvermeidbar ins Eingemachte.

Diese Kürzung trifft alle Bereiche des kulturellen und sportlichen Lebens, der Altenarbeit und Jugendförderung, das Vereinsleben sowie auch Liebhaber bestimmter Hobbys, die seither von der Großzügigkeit städtischer Zuschüsse profitiert haben.

In den vergangenen Jahren, wie auch in diesem Jahr haben wir viele Maßnahmen in die Wege geleitet, die bereits im Bau sind oder in Kürze begonnen werden und welche große Summen verschlingen. Dadurch weist die Investitionskurve der Stadt auch im Jahr 2010 wieder nach oben.

Die Beschlüsse über die Einrichtung von Ganztageschulen, zusätzliche Klassenzimmer am Schlossgymnasium, LUG, Teck-Realschule und der Raunerschule, Mensen und einer Sporthalle an der Raunerschule oder die Freiflächen an der Alleenschule sehen wir als Pflichtaufgabe.

Zwischenzeitlich haben wir auch den Bau der Freihofrealschule an Ihrem seitherigen Standort in die Realisierung gebracht.

Sie wissen, dass wir mit der Standortfrage erhebliche Probleme hatten, müssen uns jedoch nun der demokratischen Mehrheit beugen und das Vorhaben mittragen.

Im Vorgenannten handelt es sich überwiegend um Investitionen in Einrichtungen der Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen für die nachfolgenden Generationen.

Neben den Investitionskosten erfordern diese Maßnahmen auch einen höheren Einsatz an Personal, welchem wir unsere Zustimmung bezüglich der bildenden Einrichtungen nicht verweigern werden. Diese Gelder sind zukunftsorientiert und gut angelegt.

Ausgenommen von unserer Zustimmung ist die weitere Springkraft für die Kindergärten.

An diesen Entscheidungen wollen wir nicht rütteln, dazu stehen wir.

Mit der Entscheidung zum Neubau des Hallenbades und dem Ansinnen damit eine komplett neue Bäderkonzeption im Wege eines ÖPP Modell zu entwickeln, sind wir einen Schritt in eine neue Finanzierungsform gegangen.

Wir sind auch weiterhin der Auffassung, dass Kirchheim als Mittelzentrum über bestimmte Einrichtungen verfügen sollte, die von Bürgerinnen und Bürgern der Umlandgemeinden mitbenutzt werden können, dazu gehört beispielsweise ein Hallenbad.

Wir wissen, dass wir uns mit einer ÖPP Variante auf noch unsicherem Boden bewegen, was die Absicherung der Stadt für die kommenden Jahre betrifft und denken, dass wir hier in den anstehenden Verhandlung noch mehr Klarheit erlangen müssen, ehe das Experiment definitiv losgetreten wird.

Auf keinen Fall werden wir uns leichtsinnig und unabgesichert auf den Weg machen. Wir werden alles daran setzen, um kein Desaster zu erleben, wie dies in Leimen geschehen ist.

Für weitere wichtige Pflichtaufgaben verbleibt uns nur ein minimaler Spielraum – wenn überhaupt.

Den Neubau der Gießnauhalle beginnend im kommenden Haushaltsjahr sehen wir daher kritisch.

Bei allem Wunschenken müssen wir diese Maßnahme zurückstellen. Dadurch senken wir unsere Ausgaben um etwa 1.000.000,-- Euro.

Diese Einsparung ist ein entscheidender Schritt, um den Haushalt im nächsten Jahr stabiler zu machen. Wir wollen das Objekt aber nicht sterben lassen, sondern im Finanzplan ein Jahr später beginnen lassen. Sollte für die Ingangsetzung von Zuschussanträgen ein "Erinnerungsposten" im Haushalt verankert werden, hätten wir dafür Verständnis.

Wir können es uns auch nicht mehr leisten, ständig neue, teils unnötige Baustellen aufzumachen, die unsere Mittel über Jahre immer mehr binden.

Da muss dem beliebten Satz „Nice to have.“ wahrlich mehr Augenmerk und vor allem des Öfteren ein klares „Nein“ entgegengehalten werden.

Als weitere Maßnahmen, den Haushalt zu konsolidieren regen wir an, einzelne Beschlüsse zu überdenken und zu revidieren.

Voran wären dies die Baumgräber und Urnengemeinschaftsgräber auf allen Kirchheimer Friedhöfen, die mit einem Saldo von 87.000,-- Euro den Haushalt 2010 belasten.

Aufklärung erbitten wir über die Bodensanierung zur Sicherung der Erdbestattung auf dem Friedhof in Ötlingen in Höhe von 92.000,-- Euro.

Die letztgenannten Haushaltsposten sind keine Pflichtaufgaben und somit verzichtbar bis eine kostenneutrale Deckung durch die Nutzer möglich ist. In den Kosten von 179.000,-- Euro sind die jährlich anfallenden Vertrags.- und Pflegekosten noch nicht enthalten.

Warum wir sparen müssen, die Ausgaben und Zuwendungen für die Stadt auf ein erträgliches Maß reduzieren, liegt auf der Hand.

Insgesamt investieren wir im Jahr 2010 etwa 20,2 Millionen Euro. Die Hauptlast liegt hierbei mit 12,8 Millionen im Neubau der Freihof Realschule und dem Bau der Sporthalle Raunerschule.

Der Rest mit 4,7 Millionen im Straßenbau und der Kanalsanierung nach der Eigenverordnung.

Bis 2013 werden sich die Bauausgaben auf rund 45,1 Millionen Euro erhöhen. Das entspricht in der Fortschreibung ab 2011 eine Reduzierung von runden 2 Millionen die wir zur weiteren Haushaltskonsolidierung benötigen.

Dieses Weniger an Ausgaben zeigt uns auf, dass die Investitionskosten zurückgehen, wir bis Dato unsere vorläufig größten Aufgaben möglicherweise abgeschlossen haben.

Um weitere Aufgaben erfüllen zu können, wollen wir nicht die Steuern und Abgaben erhöhen, um in Folge dessen einen Kaufkraftschwund und die Gefährdung von Arbeitsplätzen zu produzieren.

Daher lehnen wir auch die Erhöhung der Grundsteuer B ab.

Trotz dieser geplanten Erhöhung der Grundsteuer B, die wir wie gesagt nicht mittragen, sinken die Einnahmen des Verwaltungshaushalts um 4,9 Millionen und belaufen sich im Plan für 2010 auf nur noch 86,2 Millionen Euro. Dadurch verringert sich die Zuführung an den Vermögenshaushalt auf verschwindende 406.080 Euro, die wiederum nur durch die Anrechnung der Grundsteuer B zustande kommen.

Um den Vermögenshaushalt abzudecken und die Baumaßnahmen finanzieren zu können, bleibt anstelle weiterer Verschuldung nur die Entnahme aus unseren Rücklagen um 12,2 Millionen wodurch unser Vermögen weiter verzehrt wird.

Nachdem der Zinsaufwand derzeit eher höher ist als mögliche Zinseinnahmen wird durch die Entnahme aus der Rücklage aber schlichtweg Geld gespart. Daher unterstützen wir diesen Weg.

Der sinkenden Einnahmeseite des Verwaltungshaushalts um etwa 5 Millionen weniger Realsteuern, einen geringeren Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und einer geringeren Schlüsselzuweisung, stehen um 2 Millionen höhere Umlageausgaben gegenüber.

Die Kreisumlage bleibt zwar mit 34,9% im Jahr 2010 gleich hoch wie im Vorjahr, fordert aber trotzdem ihren Tribut aus dem Verwaltungshaushalt durch eine höhere Zahlung über 1,144 Millionen Euro.

Die vom Landkreis ab 2011 geplante Erhöhung des Umlagesatzes wird uns in den Folgejahren bei weiter sinkenden Einnahmen erheblich belasten und unseren Handlungsspielraum weiter einschränken.

Wir schlagen deshalb vor, sobald als möglich in den folgenden Jahren zweckgebundene Rücklagen für diese Umlagen zu bilden.

Es trifft nicht nur unsere Stadt, wenn wir wie jetzt in einem schlechten Wirtschaftsjahr mit düsteren Zukunftsprognosen, hohe Umlagen aus den vergangenen besseren Jahren abführen müssen, ohne dafür genügend Vorsorge getroffen zu haben.

Das sind, bedingt durch die Wirtschaftskrise, die bisher wohl härtesten Faktoren, die uns ein Haushalt vorgibt, über die wir beraten und deren Finanzierung wir trotz schwerer Schlagseite jetzt sichern müssen.

Sofern durch die Kaufzurückhaltung der Kunden die Realsteuern, vor allem durch einen weiteren Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen, unsere Einnahmen weiter sinken, müssen wir jetzt schon die Handbremse ziehen, um Morgen noch eine Chance zu haben, uns als Mittelzentrum zu behaupten.

Trotz allem ist es erfreulich, dass die Verwaltung dieses Jahr keine Erhöhung der Gewerbesteuer anstrebt, denn gerade das wäre bei zu erwartender Arbeitsplatzgefährdung, möglicherweise auch bei Betrieben in Kirchheim, nicht der richtige Weg.

Kritisch müssen wir Bemerken, dass zum Einen jetzt endlich auf einen Ampel freien Alleinring, hoffentlich mit Weitblick auf den dringend notwendigen großen Einbahnverkehr hingearbeitet wird, aber dagegen bei der Position Signalanlagen für *Sonstige bauliche Verbesserungen der Verkehrsanlagen, Erneuerung der Altanlagen und Modellpflege* eine Summe von 30.000 Euro angesetzt wird, die in den Folgejahren durch vorgesehene Verpflichtungsermächtigungen auf jährlich 50.000 Euro steigen soll.

Ein im Ansatz für 50.000 Euro vorgesehener weiterer Minikreis im Bereich Krone/Jahnstraße widerspricht der von uns favorisierten großen Lösung und zeugt von einer leider bruchstückhaften Betrachtung des Gesamtkonzepts.

Eine erneut weitere Steigerung der Personalkosten von über 3% passt nicht in unser Konzept. Stellenmehrungen an der einen Stelle müssen durch Stelleneinsparung an anderer Stelle ausgeglichen oder durch Umorganisation und Straffung kompensiert werden.

Unterm Strich dürfen keine Stellenzuwächse entstehen, wobei, wie bereits gesagt, Personal in der notwendig beschlossenen Betreuungstärke für Kindergärten und Schulen davon ausgenommen ist.

Wir nehmen auch mit Freude zur Kenntnis, dass in der Verwaltung ein Umdenken stattfindet.

Höher bewertete Stellen führen in den meisten Fällen zu einem sofortigen Anspruch auf mehr Lohn. Hier sind die tariflichen Steigerungen nur insoweit anzusetzen, wie dies gesetzlich erforderlich ist und die Höherbewertung auch leistungsgerecht ist.

Auf S. 14 des HH Planes werden mit dem Hinweis auf Anpassung an die Leistungsfähigkeit die Einnahmen aus Verrechnungen des Baubetriebshofes dieses Jahr um 281 Tausend Euro nach oben korrigiert.

Wenn hierbei eine qualitative Leistungssteigerung festzustellen ist, die sich entsprechend an privatwirtschaftliche Unternehmen angleicht, sind wir auf dem Weg einer seit langem erhofften wirtschaftlichen Verbesserung.

Erübrigt sich hierdurch unsere jahrelange Forderung auf Privatisierung kommunaler Einrichtungen oder auch der Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen?

Kommen wir endlich auf ein Leistungsniveau das ein Dienstleistungsunternehmen, wie es die Stadt vom Grundsatz her ist, auf gesunde Beine stellt?

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Umsetzung des laufenden Haushaltes und die Aufstellung des neuen Haushaltsplanes.

Gegenüber der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates hegen wir die Hoffnung, dass unsere Anregungen, im Interesse der gesamten Bürgerschaft von Kirchheim und der Teilorte Jesingen, Ötlingen, Lindorf und Nabern bei der weiteren Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt Ihre Zustimmung finden,

Zum Wohle unserer Stadt !

Für die Fraktion der FDP – KiBü danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Hand bei der Lösung zukünftiger Aufgaben.

Albert Kahle

Anlage:**Anträge der FDP- KiBü zum Haushalt 2010**

1. Neubau der Gießnahhalle zurückstellen	
Ersparnis	1.000.000 €
2. Keine Erhöhung der Grundsteuer B	
Wenigereinnahmen	- 290.000 €
3. Zuwendungen an Vereine und Verbände um 10 Prozent kürzen mit Ausnahme derer im Bereich Bildung und Sicherheit (Feuerwehr)	
Ersparnis	ca. 300.000 €
4. Keine Neuen Ampelanlagen im Hinblick auf den Ampelabbau	
Ersparnis	30.000 €
Ersparnis 2011 – 2013 rund	150.000 €
5. Kein neuer Minikreisel oder den weiteren Ausbau des bereits bestehenden Kreisels	
Ersparnis	50.000 €
6. Umbau der Einmündung Fabrikstraße Ötlingen zurückstellen	
Ersparnis	80.000 €
7. Zuwendungen unter 500,-- Euro komplett zu streichen	
Ersparnis	ca. 4.500,-- €
8. Bodensanierung Erdbestattungen Lindorf Ötlingen	
Ersparnis	92.000 €
9. Beschluss Urnengräber und Baumgräber revidieren	
Ersparnis	87.000 €
10. Baumaßnahme Am Gänskragen zurückstellen	
Ersparnis	180.000 €
11. Baumaßnahme Friedhofweg zurückstellen	
Ersparnis	65.000 €

12. Ausbau Max-Eyth-Straße schieben Ersparnis 2010	265.000 €
13. Brücke Max-Eyth-Straße schieben Ersparnis 2010	250.000 €
14. Pflegestützpunkt streichen Ersparnis 2010 ff	56.910 €

Ausgabenersparnis 2010 ca. **2.170.410 €**

=====